

Einleitung

Anlass für die Veröffentlichung dieser ortsgeschichtlichen Arbeit zur Geschichte des sogenannten jüdischen Altenheims in der Schüttingstraße 13 in Varel ist der 70. Jahrestag der Verschleppung seiner letzten Bewohner in die nationalsozialistischen Ghettos und Vernichtungslager.

Am 23. Juli 1942 wurden die zu diesem Zeitpunkt im Heim noch gemeldeten 23 Bewohner, die in sieben Räumen mit kärglicher Lebensmittelversorgung und ohne adäquate ärztlich-pflegerische Betreuung zusammengedrängt unter erbärmlichen Bedingungen leben mussten, über die Zwischenstationen Bremen und Hannover in das Ghetto Theresienstadt im damaligen "Protektorat Böhmen und Mähren" deportiert. Sechzehn der aus Varel verschleppten Opfer gingen an den als indirekte Art der physischen Vernichtung zu bezeichnenden Lebensbedingungen im Ghetto zugrunde, die übrigen sieben jüdischen Bürger wurden von den Nationalsozialisten 1943/44 nach dem Weitertransport aus Theresienstadt in den Gaskammern des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau im besetzten Polen ("Generalgouvernement") ermordet.

Die Liste der jüdischen Opfer, die von Varel aus die letzte Etappe auf ihrem Leidensweg antreten mussten, ist aber umfangreicher: Bereits am 22. Oktober 1941 deportierte die zuständige Staatspolizeistelle Wilhelmshaven sechs Bewohner, darunter die Geschwister Ernst und Jette Weinberg als Eigentümer und Betreiber des Heimes, zunächst zu einer Sammelstelle nach Emden. Von dort aus ging es einen Tag später nach Berlin und weiter in das Ghetto Lodz/Litzmannstadt im sogenannten "Warthegau", einem von den Deutschen dem Reichsgebiet angegliederten Teil des besetzten Polens. Auch von ihnen überlebte keiner das Kriegsende: Fünf der ehemaligen Bewohner des Heimes starben im Ghetto, eine Frau wurde Anfang Mai 1942 weiter in das Vernichtungslager Chelmo (Kulmhof) verschleppt und dort von einem SS-Sonderkommando im Gaswagen ermordet.

Während die Deportation vom Juli 1942 bereits häufiger in Presseartikeln oder regionalgeschichtlichen Veröffentlichungen zumindest eine kurze Erwähnung fand, ist die vorangehende erste Deportation von sechs jüdischen Personen im Oktober 1941 bisher in Varel weithin unbeachtet geblieben. Insgesamt war die Existenz des jüdischen Altenheimes zwar nicht völlig unbekannt, im örtlichen Gedenken an die Opfer der Judenverfolgung aus der Zeit des Nationalsozialismus aber kaum präsent.

In der Geschichte des jüdischen Altenheimes lassen sich zwei Phasen unterscheiden:

Von Herbst 1937 bis Herbst 1941 handelte es sich um eine von den Geschwistern Ernst und Jette Weinberg privat betriebene Unterkunft für ältere und pflegebedürftige Männer und Frauen jüdischen Glaubens.

Nach der Deportation der Geschwister nach Lodz und der Konfiszierung ihres Eigentums durch den NS-Staat wurde das Haus anschließend von Herbst 1941 bis Sommer 1942 als eine Art "Zwischenstation" für zwei Dutzend alte Menschen aus Ostfriesland genutzt. Diese hatten zuvor in Emden im von der "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" betriebenen dortigen jüdischen Altenheim gelebt und wurden schließlich von Varel aus nach Theresienstadt deportiert. Als "Heimleiter" in dieser zweiten Nutzungsphase bemühte sich das Ehepaar Louis und Betti Wolff aus Emden, soweit möglich, für das Wohl ihrer Schützlinge Sorge zu tragen.

Neben den 29 Opfern, die direkt von Varel aus im Oktober 1941 bzw. Juli 1942 deportiert wurden und die allesamt die nationalsozialistische Judenverfolgung nicht überlebten, hielten sich im jüdischen Altenheim ab Ende 1937 über einen kurzen oder längeren Zeitraum weitere 11 Personen auf. Auch ihre Identität kann dokumentiert und über ihren Lebensweg können mehr oder minder detaillierte Angaben gemacht werden. Zu diesem Opferkreis zählen zwei Frauen, deren Lebenswege nach ihrem Wegzug aus Varel über mehrere Zwischenstationen im September bzw. Oktober 1940 in der "Euthanasie"-Tötungsanstalt in Brandenburg an der Havel endeten. Weiter zu nennen sind zwei Männer, die im November 1941 von Varel aus zunächst in die als zentrale Sammelstelle eingerichtete jüdische Heil- und Pflegeanstalt Sayn-Bendorf verbracht und von dort aus weiter "in den Osten" verschleppt und ermordet wurden. Von allen 40 ehemaligen Bewohnern des Altenheimes, einschließlich der Geschwister Weinberg, überlebte schließlich nur eine Frau, die nach ihrem Aufent-

halt in Varel später mit ihrer Familie von Hamburg aus noch nach Brasilien emigrieren konnte, die Vernichtungsmaschinerie der Nationalsozialisten.

Eine gewisse regionale Bedeutung haben die beschriebenen Vorgänge, weil die Bewohner des jüdischen Altenheimes seit Herbst 1941 im Jargon der Nationalsozialisten die letzten "kennzeichnungspflichtigen Juden" im Gebiet Oldenburg/Ostfriesland waren. "Kennzeichnungspflichtig" meint hier: Menschen, die seit den „Nürnberger Gesetzen“ von 1935 nach der NS-Gesetzgebung als "Volljuden" galten und daher zum Tragen des gelben "Judensterns" verpflichtet waren.

Nach der zweiten Verschleppung von Altenheim-Bewohnern im Juli 1942 meldete die für die "Judentransportationen" verantwortliche Staatspolizeileitstelle (Gestapo) Wilhelmshaven ihren Zuständigkeitsbereich, den damaligen preußischen Regierungsbezirk Aurich (Ostfriesland) und das ehemalige Land Oldenburg, daher folgerichtig auch als von "kennzeichnungspflichtigen Juden gesäubert".

Fortan lebten und überlebten in unserer Region bis zum Kriegsende im Mai 1945 nur noch solche jüdischen Bürger, die Partner in einer sogenannten christlich-jüdischen "Mischehe" waren.

Diese heimatkundliche Dokumentation möchte den an diesem bedrückenden Teil der Ortsgeschichte interessierten Lesern durch die Zusammenführung archivalisch weit verstreuter und teils bekannter, teils aber auch neuerschlossener Quellen die Geschichte des jüdischen Altenheimes sowie das Schicksal seiner Betreiber und Bewohner näher bringen.

Die Arbeit beinhaltet mehrere Abschnitte:

Im ersten Kapitel des Buches wird über die Mitglieder der Familie Weinberg berichtet, die in Varel seit 1905 ansässig war und in der Schüttingstraße 13 einen Produktenhandel betrieb. Das Kapitel 2 gibt dann nähere Hinweise auf die Entstehungsgeschichte des Heimes: Nachdem die Weinberg-Geschwister durch nationalsozialistische Boykottmaßnahmen nach 1933 ihr angestammtes Gewerbe nicht mehr ausüben konnten, richteten sie ab Herbst 1937 eine privat betriebene Zufluchtsstätte für pflegebedürftige und kranke jüdische Glaubensgenossen ein.

Das 3. Kapitel behandelt das Schicksal der Altenheim-Bewohner in der Reichspogromnacht im November 1938, dazu zählt auch die Verschleppung von Ernst Weinberg in das Konzentrationslager Sachsenhausen.

Im 4. Kapitel werden einige archivalische Hinweise aus dem Zeitraum von der Reichspogromnacht bis zum Vorabend der ersten Deportation im Oktober 1941 dokumentiert, gefolgt von Kapiteln (5 und 7) über die im Herbst 1941 von der Geheimen Staatspolizei organisierte Verschleppung und das Schicksal der Deportierten im Ghetto Lodz/Litzmannstadt bzw. im Vernichtungslager Chelmo (Kulmhof). Auch zur "Verwertung" des vom Deutschen Reich konfiszierten Eigentums der Deportierten durch die Reichsfinanzverwaltung und durch viele Vareler Bürger lassen sich in diesem Abschnitt (Kapitel 6) nähere Angaben machen. Die Kapitel 8 bis 10 widmen sich dem Aufenthalt der "Emder Juden" in Varel von Oktober 1941 bis Juli 1942, der Deportation der letzten Bewohner des Hauses in das Ghetto Theresienstadt und ihrem dortigen Schicksal bis hin zum Weitertransport einiger Opfer in das Vernichtungslager Auschwitz.

Das Kapitel 11 befasst sich mit der Rückkehr der einzigen Überlebenden aus der Familie Weinberg nach dem Kriege und mit einigen Aspekten der sogenannten Wiedergutmachung. Alleinerbin war Johanne Weinberg, verheiratete Titz, die im Frühjahr 1946 mit ihrem nichtjüdischen Ehemann nach Varel zurückkehrte. Sie war und blieb nach dem Holocaust bis zu ihrem Tod im Jahre 1990 die einzige Person jüdischen Glaubens in einer Stadt, in der zuvor seit Mitte des 17. Jahrhunderts Menschen mit jüdischem Glauben eine zahlenmäßig kleine, aber funktionierende Gemeinde gebildet und das Bild der Kleinstadt in gewissem Umfang mit geprägt hatten.

Im Anhang sind einige Übersichten zur Belegungszahl, zur Identität der Bewohner, eine Stammtafel der Familie Weinberg sowie ergänzende biographische Notizen zu einzelnen Bewohnern des Heimes zu finden.

Der Verfasser möchte mit dieser Arbeit Hinweise zur Entstehungsgeschichte des Altenheimes geben, die genauen Belegungszahlen des Heimes, die Identität aller seiner Bewohner und Bewohnerinnen sowie weiterführende Informationen zu den Hintergründen und Abläufen der beiden Depor-

tationen vom Herbst 1941 bzw. Juli 1942 dokumentieren. Durch die Auswertung der Rückerstattungs- und Entschädigungsakten aus der Nachkriegszeit lässt sich auch für die Stadt Varel ein deutlicheres Bild über den staatlich organisierten Raub und die Verwaltung und Verwertung ehemaligen jüdischen Eigentums zeichnen. Beteiligte bzw. Nutznießer waren hier, sozusagen als letztes Glied in der Verwertungskette, wie allerorten in Deutschland auch einige damalige nichtjüdische Bürger der Stadt.

Aus den Nachforschungen ergeben sich einige Ergänzungen bzw. Korrekturen zu Darstellungen in der bisher veröffentlichten ortsgeschichtlichen Literatur. Dies betrifft vor allem Ungenauigkeiten bzw. Unklarheiten bei personenbezogenen Angaben sowohl zur Familie Weinberg als auch zu den Bewohnern und Bewohnerinnen des Heimes. Aber auch manche zunächst widersprüchliche Darstellungen zu den Abläufen und zur Zahl der Betroffenen beim Deportationsgeschehen im Oktober 1941 und Juli 1942 können nun in einigen Punkten korrigiert werden.

Der Verfasser möchte deutlich darauf hinweisen, dass zukünftig weitere Informationen, Dokumente und Hinweise an der einen oder anderen Stelle dieser Dokumentation ebenfalls zu Ergänzungen oder Korrekturen führen werden und jeder Forscher, ob professioneller Historiker oder "Heimatkundler", immer nur mit den Quellen arbeiten konnte und kann, die ihm zu seiner Zeit zur Verfügung standen bzw. stehen.

Zu den personenbezogenen und sonstigen Quellenbeständen, die für die Dokumentation herangezogen und gesichtet wurden, zählten auf lokaler Ebene Archivalien des Stadtarchivs und des Heimatmuseums, des Amtsgerichtes (Grundbuchamt), der Registratur des Bauamtes sowie des Einwohnermeldeamtes Varel. Auch waren die Forschungen des Chronisten der jüdischen Gemeinde in Varel, Pastor i. R. Rudolf Brahms (†) in Dangast, sowie vereinzelt Hinweise und private Aufzeichnungen einiger der wenigen noch lebenden Zeitzeugen von besonderer Bedeutung.

Auf regionaler Ebene standen in erster Linie Archivalien der Staatsarchive Oldenburg und Aurich sowie des Stadtarchives Emden zur Verfügung, darunter in Oldenburg vor allem die bereits erwähnten umfangreichen Rückerstattungs- und Entschädigungsakten ("Wiedergutmachungsverfahren") zur Schüttingstraße 13 bzw. zur Familie Weinberg.

Sehr wertvoll für den Verfasser waren überregionale und heutzutage oftmals über das Internet recherchierbare Informationen, Bestände bzw. Datenbanken z.B. der Gedenkstätte Yad Vashem in Israel, des Bundesarchivs, des Internationalen Suchdienstes (ITS) in Bad Arolsen, des Staatsarchivs in Lodz und der Gedenkstätte des Ghettos Theresienstadt. Hinzu kamen NS-Archivalien aus dem Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) in Berlin, die ebenfalls im Zusammenhang mit den Wiedergutmachungsverfahren der Nachkriegszeit entstanden. Es handelt sich hierbei um die noch im Archiv dieser Bundesbehörde verwahrten Akten aus dem Bereich der Oberfinanzdirektion Hannover (und in Einzelfällen auch der Oberfinanzdirektion Bremen).

Die in den letzten Jahren erschienene allgemeine Forschungsliteratur zu diesem Thema kann und sollte jeder interessierte Leser zur weiteren Vertiefung heranziehen. Hierzu sei im Einzelnen auf die entsprechenden Quellenhinweise und Literaturangaben verwiesen.

Besonderer Dank gilt dem Heimatverein Varel e.V. und dessen Vorsitzenden Hans-Georg Buchtman, den Mitarbeitern des Heimatmuseums und Stadtarchivs Varel, Bürgermeister Gerd Christian Wagner und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung, den Mitarbeitern der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in Celle (Dr. Rolf Keller und Dr. Marlis Buchholz) sowie allen Mitarbeitern der vielen in den Quellenangaben genannten sonstigen Standes- und Meldeämter, Archiven, Institutionen und Geschichtsvereinen, die die Recherchen auf vielerlei Weise unterstützt haben.

Der Verfasser weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich nicht um eine "wissenschaftliche Arbeit" handeln kann und soll, sondern vorrangig um ein von Empathie für die Opfer getragenes Bemühen, das Geschehene vor Ort durch "ehrenamtliche Erinnerungsarbeit" nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Varel, im Juni 2012. Holger Frerichs.